

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

viele Bürgerinnen und Bürger interessieren sich kaum noch für die europäische Integration oder sehen in der Europäischen Union allein eine bürokratische, verschwenderische und aus ihrem Alltag entfernte Organisation. Die Beteiligung an den Europawahlen hat ein Rekordtief erreicht und für 2009 ist keine positive Veränderung in Sicht.

Viele dieser Vorbehalte sind auch aus meiner Sicht berechtigt. Die Hoffnungen, die einmal mit der europäischen Einigung verknüpft waren, sind Enttäuschung gewichen. Frieden wenigstens auf dem europäischen Kontinent zu sichern, ist nach wie vor eine entscheidende Aufgabe der Integration und insbesondere auf dem Balkan von aktuellster Bedeutung. Doch ich bin überzeugt davon, dass nur eine soziale Orientierung europäischer Politik und ihrer Verträge die Menschen für die Unterstützung des Einigungsprozesses zurückgewinnen kann. Darüber möchte ich in diesem Brief aus Brüssel berichten.

Hintergrund

In der Vergangenheit hat die europäische Integration trotz fehlender sozialer Dimension zu Wohlfahrt, wirtschaftlichem Aufschwung und gestärkter Binnennachfrage beigetragen. Zudem wurden die menschlichen und kulturellen Kontakte gefördert. Doch die aktuelle Dominanz des neoliberalen Markt- und Wettbewerbsradikalismus wird zur existentiellen Bedrohung des sozialen Zusammenhalts, aber auch der europäischen Integration selbst. Das in der Lissabon-Strategie konzipierte und in dem Verfassungs- und Lissabon-Vertrag (der der gescheiterte Verfassungsvertrag in neuem Kleid ist), wie die FAZ im Leitartikel am 17.12.2008 offen schreibt) begründete Wettbewerbseuropa etabliert ein Europa der »Standort«-Konkurrenz, das die europäischen Gesellschaften nicht zusammen, sondern wirtschaftlich, steuerpolitisch und insbesondere sozial gegeneinander treibt. Die Mitgliedstaaten versuchen, durch den Abbau von Sozialleistungen, Löhnen und Unternehmenssteuern gegen einander und gegen ihre Bürgerinnen und Bürger Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Doch der Sozialstaat bedeutet nicht nur die Gleichwertigkeit von Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern ein prinzipiell anderes Herangehen: Mit seiner gesamten Politik, einschließlich der Wirtschafts- und Währungspolitik, würden der Staat und die Europäische Union auf (eine neue, zeitgemäße und nachhaltige) Vollbeschäftigung, sozialen Zusammenhalt, Gerechtigkeit, Gleichheit und Sicherheit und eine solidarische Entwicklung der Europäischen Union verpflichtet werden.

Fakten

Die neoliberale Ausrichtung der EU verschlechtert die Lebens- und Arbeitsbedingungen: Die Arbeitszeit wird länger, die Löhne niedriger, die Arbeitsverhältnisse immer prekärer. Die Arbeitslosigkeit wird nicht beseitigt, der Niedriglohnsektor, geringfügige und ungesicherte Beschäftigung, Zeit- und Leiharbeit oder unbezahlte Praktika werden massiv ausgedehnt. Öffentliche Daseinsvorsorge wird der Privatisierung unterworfen. Physischer und psychischer Druck sind die Folge, Krankheiten, Angst, die Schwächung der Gewerkschaften und anderer Gegenkräfte und Gewalt gegen noch Schwächere.

■ 78 Millionen Menschen sind in der reichen Europäischen Union armutsgefährdet, darunter befinden sich 19 Millionen Kinder.

■ War das wirtschaftliche Gefälle in der EU 15 (gemessen

am Kaufkraftstandard) zwischen den am höchsten (etwa Inner London) und den am niedrigsten entwickelten Regionen (z.B. Mecklenburg-Vorpommern) 2 zu 1, so hat es sich nach der Erweiterung auf 10 zu 1 verschärft (Inner London bzw. Lubelskie in Polen). Einige Regionen in Bulgarien und Rumänien liegen noch darunter.

■ Die Mitgliedsländer wetteifern um die niedrigsten Unternehmenssteuern (Zypern: 10 %; Litauen: 12,8 %, zum Vergleich: EU-Durchschnitt: 22,6 %) und verzichten damit auf jene Einnahmen, die für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit unverzichtbar sind.

■ Ebenso gibt es einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne (gesetzlicher Mindestlohn in Lettland: 129 Euro; Bulgarien: 123 Euro; Rumänien: 90 Euro).

Unter verdecktem Mantel

Die vom Europäischen Parlament zurückgewiesene Position des Rates (der Regierungen) zur neuen EU-Arbeitszeitrichtlinie ist nur eine von vielen Maßnahmen zur Pulverisierung bisheriger sozialer Standards. Die Regierungsvertreter fordern eine Wochenarbeitszeit bis zu 78 Stunden und bis zu 13 Stunden am Tag und wollen die Bereitschaftszeiten, zum Beispiel in Krankenhäusern, nicht mehr als Arbeitszeit anerkennen.

Im Oktober 2008 wurde eine Einigung über die EU-Leiharbeitsrichtlinie erzielt. Positiv ist, dass Leiharbeiter und regulär Beschäftigte vom ersten Tag an wie die Stammbeschäftigten gleichbehandelt werden sollen. Allerdings sollen auch hier Ausnahmen über Tarifverträge ermöglicht werden.

Die jüngst von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie zur Patientenmobilität soll angeblich die Patientenrechte stärken, ist jedoch vor allem darauf gerichtet, das Gesundheitswesen nach Markt- und Wettbewerbsimperativen umzugestalten und den Gesundheitstourismus der Wohlhabenden zu fördern. Die Konsequenz ist die Zweiklassen-Medizin.

Doch es gibt auch positive Meldungen aus Brüssel, so das von der EU-Kommission vorgelegte Sozialpaket, das Behinderten, älteren Menschen, Homosexuellen und Andersgläubigen endlich gleiche Rechte auch beispielsweise beim Abschluss von Versicherungen oder bei der Vergabe von Bankkrediten zugesteht, oder zuletzt den Vorschlag zum Mutterschutz, welcher europaweit von 14 Wochen auf min. 18 Wochen verlängert werden soll, und dies bei vollen Bezügen. Auch beim Vaterschaftsurlaub will die

EU-Kommission aktiv werden. Doch sofort kam in allen diesen Fällen der Aufschrei und Widerstand der Bundesregierung und der Unternehmerverbände. »Familien«-Ministerin van der Leyen nannte die Forderung »kontraproduktiv«.

Für eine Europäische Sozialunion

Der Kampf für eine Europäische Sozialunion ist eng mit dem Kampf für ein vereintes Europa verknüpft. In Zeiten der Globalisierung ist der Nationalstaat kein allein ausreichender Handlungsraum mehr. Dabei geht es nicht darum, die Priorität nationalstaatlicher Sozial- und Beschäftigungspolitik abzulösen, sondern sie wirkungsvoll durch europäische Politik zu ergänzen. Die sehr unterschiedlichen Sozialmodelle der einzelnen Mitgliedsstaaten können und müssen mit einer europäischen Sozialunion verknüpft und weiterentwickelt werden.

■ Statt bloß abzuwarten, bis die Konjunktur in den USA wieder anspringt und die EU-Wirtschaft mitzieht oder die globale Freihandelspolitik voranzutreiben, muss und kann sich die EU auf die eigene Binnenwirtschaft und -nachfrage konzentrieren.

■ Die monetaristische Geldpolitik der Europäischen Zentralbank muss überwunden werden, Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Umweltpolitik müssen gleichwertige Ziele sein.

■ Sozialdumping muss unterbunden werden, indem europäische Standards (Mindestlohn von min. 60 % des nationalen Durchschnittslohns) vereinbart werden, die ebenso wie die Unternehmenssteuern schrittweise in Korridoren nach oben angenähert werden sollten

■ Gewerkschaftliche Rechte müssen entschieden gestärkt werden.

■ Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Güter muss gestoppt und umgekehrt, die Privatbanken und Versicherungskonzerne wirksamer öffentlicher Kontrolle unterstellt werden.

■ Wir brauchen eine europäische Haushaltspolitik, die öffentliche Investitionen, Forschung und Bildung sowie die Entwicklung der Humanressourcen stärkt.

■ Gleichstellungspolitik muss konsequent gefördert werden.

■ Die EU muss sich verpflichten, Armut und Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Dies könnte durch die Aufnahme der Arbeitslosenrate in die Kriterien für die höchste Stufe der EU-Förderpolitik unterstützt werden.

Weitere Informationen:

■ Beschäftigung und Sozialpolitik in der EU:

http://europa.eu/pol/socio/index_de.htm

■ Das Statistische Amt der EU Eurostat Bevölkerung und soziale Bedingungen <http://ec.europa.eu/eurostat/>

■ Artikel, Reden, Pressemitteilungen von André Brie <http://www.andrebrie.de>

Infoblatt 30 von André Brie

Abgeordneter der Partei DIE LINKE

im Europäischen Parlament Fraktion GUE/NGL

Ausgabe Januar 2009

Kontakt: Europabüro DIE LINKE,

Martinstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: +49-385-5 81 57 33, Fax: +49-385-5 81 57 34

www.andrebrie.de

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

BRIEFE AUS BRÜSSEL

30 Europäische Sozialunion kontra sozialen Kahlschlag